

Unterrichtung

durch die Landesregierung

Bericht zum Beschluss des Thüringer Landtags (Drucksache 7/8138) zu den Drucksachen 7/8084/3265

"Des Kampfes für Freiheit und Demokratie gedenken sowie den Opfern und ihren von Willkür betroffenen Angehörigen vorbehaltlos zur Seite stehen - SED-Unrecht aufarbeiten"

Bezug nehmend auf Nummer II des oben genannten Beschlusses des Thüringer Landtags vom 2. Juni 2023 übersende ich Ihnen anliegend den Bericht der Landesregierung.

Prof. Dr. Hoff
Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
und Chef der Staatskanzlei

Anlage

Hinweise der Landtagsverwaltung:

Der Bericht wurde als Anlage zum Schreiben des Ministers für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 23. November 2023 an die Präsidentin des Landtags zugeleitet. Auf einen Abdruck der Anlage wird verzichtet. Die Anlage steht unter der oben genannten Drucksachennummer elektronisch im Abgeordneteninformationssystem und in der Parlamentsdokumentation unter der Internetadresse www.parldok.thueringen.de zur Verfügung. Die Fraktionen, die Parlamentarische Gruppe, die fraktionslosen Abgeordneten und die Landtagsbibliothek erhalten je ein Exemplar der Anlage in der Papierfassung.

Bericht der Thüringer Landesregierung zum Beschluss des Thüringer Landtags „Des Kampfes für Freiheit und Demokratie gedenken sowie den Opfern und ihren von Willkür betroffenen Angehörigen vorbehaltlos zur Seite stehen – SED-Unrecht aufarbeiten“ (Drs. 7/8138)

Der Thüringer Landtag hat mit Beschluss vom 02.06.2023 um Bericht zu folgenden Punkten gebeten:

Zu II.1.

Von 2012 bis 2018 konnten ehemalige Heimkinder, die in DDR-Heimen Unrecht, Misshandlung und Missbrauch erlebt hatten, auf Antrag über den „Fonds Heimerziehung in der DDR von 1945 bis 1990“ finanzielle und sächliche Unterstützungsleistungen einschließlich Rentenersatzleistungen erhalten. Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) richtete eine Anlauf- und Beratungsstelle ein, an die sich die Betroffenen wenden konnten. Noch vor Auslaufen des Fonds Ende 2018 zeichnete sich ab, dass die Unterstützungsbedarfe der Betroffenen nicht mit der Fondslaufzeit enden. Insofern wurde seitens des TMBJS bereits vor dem offiziellen Abschluss des Fonds Heimerziehung entschieden, befristet ab 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2020 ein nachgehendes Beratungsangebot zu etablieren.

Die Beratungsanfragen in dem Zeitraum bis 31. Dezember 2020 haben den Bedarf tatsächlich bestätigt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen insbesondere Fragen der persönlichen und biographischen Aufarbeitung, Fragen zur Inanspruchnahme psychosozialer Hilfen und anderer Hilfesysteme, die Unterstützung bei Aktenrecherchen sowie die Information zu Möglichkeiten der Strafrechtlichen Rehabilitierung. Aber auch der Austausch untereinander war und ist für die Betroffenen von besonderer Bedeutung. Nach der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze im November 2019 verstärkte sich die Nachfrage nach Beratungen zu Fragen der Rehabilitierung, deren Bearbeitung in enger Abstimmung mit dem Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erfolgt ist.

Im Rahmen des nachgehenden Beratungsangebots fanden 580 persönliche telefonische Beratungen statt. 180 Betroffene suchten die Beratungsstelle zu einer persönlichen Beratung auf. 22 Betroffene wurden bei der Aktenrecherche und Akteneinsicht unterstützt und begleitet. Von Seiten der Gerichte erreichten 150 Anfragen das Beratungsangebot im Zusammenhang mit Rehabilitierungsanträgen von Betroffenen.

Im Laufe des Jahres 2020 wurde deutlich, dass auch nach Auslaufen des befristeten Beratungsangebots des TMBJS noch weiterer Bedarf besteht. Zum 1. Mai 2021 wurde die Beratung ehemaliger DDR-Heimkinder vom Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur übernommen. Mit der Fortführung von geeigneten Beratungsstrukturen und einem niedrigschwelligen Zugang wird der Forderung der Betroffenen und Opferverbände Rechnung getragen.

In seinem jüngsten Tätigkeitsbericht 2021-2022 teilt der Thüringer Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit, dass auch durch die Übernahme der Beratung von ehemaligen DDR-Heimkindern Mitte 2021 sich die Zahl der Anfragen erhöht hat. Laut dem Bericht nahmen im Jahr 2021 154 ehemalige DDR-Heimkinder das Beratungsangebot beim Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wahr, im Jahr 2022 waren es 172.

Mit dem „Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR und zur Änderung des Adoptions-

vermittlungsgesetzes wurden im November 2019 Änderungen im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz“ (StrRehaG) eingeführt, mit denen die rechtlichen Grundlagen für DDR-Heimkinder verbessert und erleichtert werden (§ 10 Absatz 3 StrRehaG) – insbesondere für Betroffene, die in Spezialheimen oder vergleichbaren Einrichtungen waren, und diejenigen, die als Kind im Zusammenhang mit der politischen Inhaftierung der Eltern in ein Heim eingewiesen wurden. Auch wurde ein neuer Anspruch auf Unterstützungsleistungen für diese Gruppe von DDR-Heimkindern geschaffen, deren Anträge auf Rehabilitierung nach vormaligen Recht abgelehnt wurden (§ 18 Absatz 4 StrRehaG).

Die strafrechtliche Rehabilitierung ist für die Betroffenen deswegen besonders wichtig, da sie die Voraussetzung für Entschädigungs- und Versorgungsleistungen ist. Unabhängig davon ist die Forderung zu betrachten, den ehemaligen DDR-Heimkindern, die nach Auslaufen des „Fonds Heimerziehung in der DDR von 1949 bis 1990“ nicht mehr berücksichtigt werden konnten, eine einmalige Hilfe zugänglich zu machen. Die Regierungsparteien im Bund haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, einen Härtefallfonds des Bundes für Opfer der SED-Diktatur einzurichten. Die Thüringer Landesregierung setzt sich dafür ein, dass bislang nicht oder nicht ausreichend berücksichtigte Opfergruppen über den Fonds unterstützt werden können. Zu nennen sind hier ehemalige DDR-Heimkinder, die nur in Einzelfällen eine Rehabilitierung erlangen können, und Zwangsausgesiedelte, die zumeist das Bedürftigkeitskriterium nicht erfüllen und deshalb keine Fondsleistungen erhalten. Ebenso sollte die Berücksichtigung von DDR-Dopingopfern geprüft werden.

Zu II.2.

Der aktuelle Stand bezüglich der Opferentschädigung in Thüringen ist den beigefügten Anlagen 1 und 2 zu entnehmen (Stand: 31. Juli 2023). Die Übersichten sind aufgeschlüsselt nach den einzelnen Anspruchsgrundlagen des 1. SED Unrechtsbereinigungsgesetz, welches im Wesentlichen das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) beinhaltet und dem 2. SED Unrechtsbereinigungsgesetz, welches das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) einschließt. Den Übersichten sind die Antragsgänge untergliedert nach den jeweiligen Anspruchsgrundlagen sowie die Ergebnisse der Antragsverfahren einschließlich der Anzahl an Widersprüchen und Klageverfahren zu entnehmen. Aussagen zu Abweichungen von ärztlichen Gutachten können nicht getroffen werden, da in diesem Zusammenhang keine statistische Erfassung erfolgt.

Die Fragestellung „welche Interventionsmaßnahmen bei der Rücknahme von Bescheiden ergriffen worden sind“, kann nur dahingehend beantwortet werden, dass, soweit ein Berechtigter den Tatbestand des § 16 Abs. 2 StrRehaG erfüllt, eine Rücknahme des Bescheides und die Rückforderung der gewährten Leistung erfolgte. Neben der Rückforderung der Leistung werden entsprechend der rechtlichen Regelung auch Zinsen für die zu Unrecht erhaltende Leistung erhoben.

Zu der Kompetenz der Mitarbeiter in den zuständigen Behörden lässt sich berichten, dass regelmäßige Schulungen zu der besonderen Thematik, auch im Umgang mit den traumatischen Erfahrungen der Opfer des DDR-Regimes erfolgen. Positiv wirkt sich ferner eine langjährige Tätigkeit des überwiegenden Teils der Mitarbeiter in diesem Bereich aus, welche einen sensiblen Umgang mit den Betroffenen sicherstellen.

Das TMASGFF unterstützt die Tätigkeiten der zuständigen Mitarbeiter durch jährliche Fachveranstaltungen zum Erfahrungsaustausch zur Rechtspraxis und zum achtsamen Umgang.

Zu II.3.

Auf die Ausführungen „Härtefallfonds für politisch Verfolgte der SED-Diktatur und Opfer des DDR-Zwangsdopings in Thüringen“ im Tätigkeitsbericht 2021-2022 des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird verwiesen.

Zu II.4.

Der 5. Bericht der Landesregierung zu ihren Aktivitäten auf dem Gebiet der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen für den Zeitraum März 2019 bis März 2022 informiert in Ziffer 4.2.2 über den Stand der Aufarbeitung von Adoptionen/Zwangsadoptionen in der ehemaligen DDR (Drs. 7/5722).

Ergänzend zu den dort gemachten Ausführungen kann mitgeteilt werden, dass am 1. Juli 2022 ein vom BMI gefördertes Projekt des Deutschen Instituts für Heimerziehungsforschung gGmbH/An-Institut der Evangelischen Hochschule Berlin (DIH) zur Erforschung politisch motivierter Adoptionen in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1945 bis 1989 gestartet ist. Das Forschungsprojekt wird vollständig durch Bundesmittel (BMI) finanziert. Es wird eine finanzielle Förderung in Höhe von 969.461,60 Euro gewährt. Für das Forschungsprojekt ist eine Laufzeit von drei Jahren vorgesehen.

Unter Leitung von Prof. Dr. Karsten Laudien und Dr. des. Anke Dreier-Horning (beide DIH) hat sich ein interdisziplinäres Forschungsteam gebildet, um im Zeitraum zwischen dem 1. Juli 2022 und dem 30. Juni 2025 das Forschungsprojekt (Hauptstudie) durchzuführen. Zum Forschungsverbund gehören neben dem DIH die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Prof. Dr. Heiner Fangerau), die Universität Leipzig (Prof. Dr. Heide Glaesmer), die Medical School Berlin (Prof. Dr. Birgit Wagner) und die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Prof. Dr. Friederike Wapler). Diese vier Forscherteams haben den jeweiligen Ländern Datenschutzkonzepte vorgelegt; „zuständig“ für Thüringen und Sachsen-Anhalt ist das Forscherteam der Universität Mainz.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens sollen u. a. etwa 800 bis 1000 Adoptionsvermittlungsakten und Akten zur Adoption (z. B. Gerichtsakten) in den neuen Bundesländern untersucht werden. Da die Adoptionsvermittlungsakten oft keine Angaben zu den Gründen der Adoptionsfreigabe und der damaligen Lebenslage der Eltern etc. enthalten, sollen weitere Aktenbestände der DDR-Jugendhilfe (Erziehungshilfe-, Pflegschafts-, Vormundschafts- und Heimakten) herangezogen werden.

Ende August d. J. hat das BMI die Länder informiert, dass das DIH das Konzept des Forschungsprojektes und damit auch die darauf bezogenen Datenschutzkonzeptanteile (also die Passagen des Datenschutzes, die sich auf die Adoptionsakten beziehen), ändern wird. Die Änderung besteht darin, dass das Gesamtteam darauf verzichtet, Einsicht in die Adoptionsakten zu beantragen. Stattdessen wird allein das DIH Einsicht in die Adoptionsakten in den Ländern beantragen. Außerdem wird das DIH alle Schritte - von der Beantragung der Akteneinsicht bis zur Auswertung und Verschriftlichung der Ergebnisse - allein (ohne Mitwirkung der anderen Teams) durchführen. Auf diese Weise soll zwischen den Teil-Teams keine Information weitergegeben oder ausgetauscht werden. Das DHI plant, Ende September den Ländern und damit auch dem Freistaat Thüringen bzw. dem TMBJS das geänderte Datenschutzkonzept und den Antrag auf Genehmigung der Akteneinsicht nach § 75 Abs. 4 SGB X vorzulegen.

Zur Frage der Verwaltungspraxis in Thüringen in Bezug auf Informationen über die Lebensumstände der Herkunftsfamilien liegen dem TMBJS aufgrund der strengen Regelungen zur Akteneinsicht im Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG) keine Informationen vor.

Nach diesem Gesetz sind Adoptionsvermittlungsakten ab dem Geburtsdatum des Kindes 100 Jahre lang von der jeweiligen örtlichen Adoptionsvermittlungsstelle aufzubewahren. In dieser Zeit unterliegen die Adoptionsvermittlungsakten deren Verantwortung und alleinigem Zugriffsrecht. Diese haben gem. § 9c Abs. 2 AdVermiG den Adoptiveltern bzw. dem adoptierten Kind, wenn dieses das 16. Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag Akteneinsicht zu gewähren. Die Adoptionsvermittlungsstelle hat die Adoptiveltern auf dieses Akteneinsichtsrecht des Adoptivkindes hinzuweisen, sobald das Kind das 16. Lebensjahr vollendet hat.

Für die Herkunftseltern besteht gem. § 8b Abs. 1 AdVermiG ein Anspruch auf Zugang zu allgemeinen Informationen über das Kind und seine Lebenssituation, die der Adoptionsvermittlungsstelle von den Adoptiveltern zum Zwecke der Weitergabe an die Herkunftseltern freiwillig und unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte des Kindes zur Verfügung gestellt worden sind.

Darüber hinaus ermöglicht der (neue) § 9e Abs. 1 Ziff. 6 AdVermiG die Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Adoptionsvermittlung erhoben wurden, für die Durchführung bestimmter wissenschaftlicher Vorhaben zur Erforschung möglicher politisch motivierter Adoptionsvermittlung in der DDR. Aber auch hier bleiben die örtlichen Adoptionsvermittlungsstellen für die Wahrung des Adoptionsgeheimnisses verantwortlich.

Die Forderungen der UOKG aus der Sachverständigenanhörung zur Petition der „Interessengemeinschaft gestohlene Kinder der DDR“ richten sich an den Bundesgesetzgeber. Dieser hat am 28. Juni 2019 beschlossen, die Umstände von politisch motivierter Adoption im Rahmen von Forschungen aufzuarbeiten und die wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema durch erforderliche Gesetzesänderungen zu ermöglichen (BT-Drs. 19/11091). Auf die weiteren Ausführungen im 5. Aufarbeitungsbericht der Landesregierung unter 4.2.2 wird verwiesen (Drs. 7/5722).

Darüber hinaus ergingen verschiedene Forderungen an die Landesregierung. Dazu wird wie folgt Stellung genommen:

Zu III.1.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist in Thüringen stark zivilgesellschaftlich geprägt und wird von einer Vielzahl von regionalen Einrichtungen getragen. Entsprechend dieser pluralistischen Struktur kann ein zentrales Denkmal zur Friedlichen Revolution nur die gewünschte Wirkung entfalten, wenn die verschiedenen Akteure dieses unterstützen. Aus diesem Grund hat die Thüringer Staatskanzlei die Mitglieder des Geschichtsverbundes Thüringen um Stellungnahmen zu dem angedachten Denkmal gebeten. Dabei fallen die Reaktionen ablehnend aus.

Die Träger der Thüringer Aufarbeitungslandschaft betonen einhellig, dass mit dem Kubus in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt, der die Friedliche Revolution in Thüringen als großflächige Graphic Novel darstellt, bereits ein entsprechendes Denkmal existiere, welches zugleich in die Bildungsarbeit vor Ort mit einbezogen wird. Es sei vielmehr nötig, dieses Kunstobjekt als landesweiten Gedenkort zu begreifen und zu nutzen.

Zugleich begrüßen die Mitglieder des Geschichtsverbundes die Idee einer öffentlichen Veranstaltung, um mit Abgeordneten des Landtags sowie interessierten Bürgerinnen und Bürger über ein Denkmal zur Friedlichen Revolution zu diskutieren.

Zu III.2.

Eines der obersten Ziele schulischer Bildung überhaupt ist es, junge Menschen zu befähigen, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen. Dabei sollen sie

angehalten werden, für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Frieden einzutreten. Diesem übergeordneten Ziel sind grundsätzlich alle Unterrichtsfächer verpflichtet, insbesondere aber die des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs.

Vor dem Hintergrund dieser Zielstellung gibt Anlage 3 einen umfassenden Überblick über die Einbindung der Themen staatliches und institutionalisiertes Unrecht in der DDR und in der SBZ in die Thüringer Lehrpläne, Angebote des ThLLM, die Nutzung von Angeboten der Bundesstiftung Aufarbeitung, die Teilnahme an Schülerwettbewerben, schriftliche Abiturprüfungen im Fach Geschichte mit Bezug zur DDR sowie entsprechendes Material in der Mediothek des Thüringer Schulportals.

Im Übrigen informiert der 5. Bericht der Landesregierung zu ihren Aktivitäten auf dem Gebiet der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen für den Zeitraum März 2019 bis März 2022 in den Ziffern 4.1.1 (Politische Bildung und Demokratieerziehung an Thüringer Schulen) einschließlich Unterziffern und 4.1.3.2 (Lehrerbildung, 1. Phase) über Aktivitäten, welche die Thematisierung des SED-Unrechts im Unterricht sicherstellen (Drs. 7/5722).

Zu III.3.

Die Auseinandersetzung mit dem systematischen, staatlichen Doping in der DDR sowie den Repressionen im DDR-Leistungssportsystem ist Teil der Aufarbeitung des SED-Unrechts, die sich die Thüringer Landesregierung bei ihrem Amtsantritt im Dezember 2014 zur Aufgabe gemacht hat, denn bis heute leiden die Betroffenen unter Traumatisierungen und gesundheitlichen Spätfolgen des an ihnen vorgenommenen Dopings. Gemeinsam mit dem Landessportbund Thüringen e.V. und dem Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur möchte die Landesregierung dafür sorgen, dass diese Menschen die Hilfe erhalten, die sie benötigen. Dazu zählt, ihnen die Möglichkeit, eine Opferentschädigung oder Rehabilitierung mit den daraus folgenden Versorgungsleistungen zu erlangen, zu erleichtern.

Eine beim Zentrum deutsche Sportgeschichte Berlin-Brandenburg e.V. Ende 2020 beauftragte Studie zur Vergabep Praxis von Dopingmitteln und zu erlittenem Unrecht im DDR-Sport soll helfen, diese Herausforderungen besser zu meistern. Die Veröffentlichung erster Erkenntnisse aus den Forschungsarbeiten im August 2023 fällt mit der Evaluierung der Rehabilitierungsgesetze den sogenannten SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zusammen, die der Bund aktuell durchführt. Eine Forderung zu der aus der Evaluierung folgenden Gesetzesänderung betrifft die Schaffung einer Rehabilitierungsmöglichkeit für die Opfer des Zwangsdopings im DDR-Leistungssport. Diese Forderung wird nicht zuletzt auch von der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag gestellt, um im Bereich des Zwangsdopings für Klarheit zu sorgen und eine einheitliche Verwaltungspraxis zu gewährleisten.

Ein Mehr an Klarheit und Einheitlichkeit in der Verwaltungspraxis durch Erleichterungen in den Antragsverfahren auf Opferentschädigung und Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung hatten der Landessportbund Thüringen e.V. und die Thüringer Staatskanzlei bei der Beauftragung der Forschungsarbeiten im Blick. Ein hierzu durchgeführtes Fachsymposium am 23. August 2023 in Erfurt hat zu dem Ergebnis geführt, dass in den nächsten Monaten von einer Arbeitsgruppe eine Handreichung für die Beratung und Antragsbearbeitung erarbeitet wird, die vor allem auch die aktuellen Rechtsprechungen und den dadurch angestoßenen Perspektivwechsel berücksichtigt. Eine Zusammenarbeit mit der SED-Opferbeauftragten des Bundes wird hier angestrebt.

Die Entschädigung von DDR-Dopingopfern erfolgt in Thüringen grundsätzlich nach Maßgabe von § 10a des Opferentschädigungsgesetzes (OEG). Lediglich in einem einzigen Fall konnte

bisher aufgrund besonderer Umstände eine verwaltungsrechtliche (Willkür-) Maßnahme im Sinne von § 1 Abs. 2 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (VwRehaG) anerkannt werden und damit eine entsprechende Rehabilitierung erfolgen.

Die praktischen Konsequenzen der Anwendung des OEG oder aber des VwRehaG unterscheiden sich im Wesentlichen dadurch, dass nach Maßgabe von § 10a OEG nur in Härtefällen, d.h. bei Vorliegen einer Scherbeschädigung (= Grad der Schädigung (GdS) von 50) eine Entschädigung nach Maßgabe des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) gewährt wird, während dies bei einer Rehabilitierung nach dem VwRehaG bereits ab einem GdS von 30 der Fall ist.

Nach Auffassung des für die Durchführung der Entschädigung von DDR-Dopingopfern zuständigen Thüringer Landesverwaltungsamtes (TLVvA) und des fachaufsichtsführenden Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF) fehlt es für die Anwendbarkeit des VwRehaG grundsätzlich an dem gem. § 1 Abs. 2 VwRehaG erforderlichen „Willkürakt im Einzelfall“.

Dies wurde bis zum Urteil des Verwaltungsgerichts Greifswald vom 28. Dezember 2020 – 5 A 917/19 HGW – auch von allen Rehabilitierungsbehörden der anderen Bundesländer so gesehen.

Mit dem genannten Urteil des VG Greifswald hat erstmalig ein Gericht entschieden, dass DDR-Staatsdoping als verwaltungsrechtliche (Willkür-) Maßnahme im Sinne von § 1 Abs. 2 VwRehaG zu qualifizieren ist.

Nach Einschätzung des TMASGFF setzen sich jedoch die Entscheidungsgründe mit den gesetzlichen Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 Halbsatz 2 sowie mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht ausreichend auseinander und treffen unbegründete Feststellungen, ohne diese näher zu belegen oder zu erklären.

Diese Einschätzung wird von den zuständigen Behörden in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt geteilt, lediglich Mecklenburg-Vorpommern wendet inzwischen konsequent das VwRehaG in Dopingfällen an. In Sachsen findet die Rechtsauffassung des VG Greifswald jedenfalls bei seinerzeit Minderjährigen Anwendung.

Durch das TLVvA wurde im Jahr 2022 in einem Einzelfall dem Antrag eines Dopingopfers auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung nach § 1 VwRehaG stattgegeben, da hier besondere Umstände vorlagen, die im Verhältnis zu den Betroffenen der Vergleichsgruppe (Gruppe der Kaderathleten) zu einem Sonderopfer geführt haben und damit ein Willkürakt im Einzelfall vorlag.

Zwischenzeitlich ist ein Urteil eines anderen Verwaltungsgerichts – VG Potsdam – ergangen, das die Verwaltungspraxis in Thüringen und der überwiegenden Zahl der Länder bestätigt. Mit Urteil des VG Potsdam – VG 11 K 2576/21 – wurde der Ablehnungsbescheid des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg bestätigt und die Klage unter Zulassung der Revision abgewiesen.

In den Entscheidungsgründen heißt es u.a.:

„Entgegen der Rechtsauffassung der Klagepartei fehlt es jedoch auch an der Tatbestandsalternative der Willkür im Einzelfall.“

Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz hat nicht sämtliche als Willkürakte zu qualifizierenden DDR-Verwaltungsentscheidungen der Aufhebbarkeit unterworfen. Dies hätte nämlich angesichts der weitgehend gesetzlosen, von der führenden Rolle der Partei ausgehenden Verwaltungspraxis der DDR zu einer Flut von Rehabilitierungsersuchen geführt, die zahlenmäßig und finanziell nicht zu bewältigen gewesen wäre. Willkür rechtfertigt eine Aufhebung nur dann, wenn sie "im Einzelfall" zu bejahen ist. Damit wird die dem System generell anhaftende Willkürlichkeit und deren Ausstrahlung auf konkrete Verwaltungsentscheidungen als Grund für eine Rehabilitierung ausgeschlossen. "Willkür im Einzelfall" ist nur bei Maßnahmen zu bejahen, die von der Tendenz und Absicht getragen sind, ihre Adressaten bewusst zu benachteiligen. Auch die Gesetzesmaterialien lassen eindeutig erkennen, dass es insoweit einer bewussten Diskriminierung bedurfte (vgl. BVerwG, Beschluss vom 25. Juli 2000 – 3 B 7.00 –, juris, Rn. 6, unter Berufung auf BTDRs. 12/4994 S. 25 Nr. 18).“

Nach Einlegung des Rechtsmittels durch die Klägerin liegt der Fall nunmehr dem Bundesverwaltungsgericht zur Entscheidung vor (BVerwG 8 C 6.23). Damit ist die Frage der Anwendbarkeit des § 1 Abs. 2 VwRehaG auf Dopingopfer bei einem obersten Gericht anhängig und dürfte nun einer endgültigen Klärung zugeführt werden. Mit einer Entscheidung ist wohl frühestens in einem Jahr zu rechnen. Bis dahin bleibt es in Thüringen bei der bisherigen Verwaltungspraxis. Dies wurde seitens des TMASGFF auch im Rahmen des Fachsymposiums „Vergabep Praxis von Dopingmitteln und erlittenes Unrecht im DDR-Sport“ am 23. August 2023 im Thüringer Landtag so kommuniziert.

Das TMASGFF beabsichtigt, die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abzuwarten.

Neben den Versorgungsleistungsansprüchen, die sich bei erfolgreicher Antragstellung aus dem OEG und VwRehaG ergeben, haben Opfer des DDR-Zwangsdopings, die nach den Dopingopferhilfegesetzen anerkannt sind und in Thüringen wohnen, die Möglichkeit, Unterstützungsleistungen aus einem Härtefallfonds, der beim Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im vergangenen Jahr eingerichtet wurde, zu beantragen¹. Die Unterstützungsleistungen sollen Härten der Geschädigten, die in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind, abmildern.

Zu III.4.

Die IMAG zur Aufarbeitung des SED-Unrechts, die bereits in der vergangenen Wahlperiode von der Landesregierung eingesetzt wurde, hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich weiterhin für jene einzusetzen, die in der DDR Repressionen, Entrechtung und Entmündigung erlebten und deren Leid bis heute keine angemessene Anerkennung erfahren hat.

Zu nennen sind hier die von Thüringen angestoßenen Bundesratsinitiativen, die durch den Bundesgesetzgeber in großen Teilen umgesetzt wurden:

- „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes - Verbesserung der Lage von Heimkindern“ vom 3. November 2017 (BR-Drs. 642/17 (B))
- „Entschließung zur Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“ vom 2. Februar 2018 (BR-Drs. 743/17 (B))
- „Entschließung zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politischer Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“ vom 19. Oktober 2018 (BR-Drs. 316/18 (B))

¹ Unterstützungsleistungen bis zu 5.000 Euro in bestimmten Leistungsschwerpunkten (z.B. medizinische Hilfen, selbstbestimmte Wohn- und Lebensmöglichkeiten, technische Hilfen im Alltag)

Zudem hat sich die Landesregierung außerhalb des Bundesrats mit folgenden Aktivitäten für die Belange der Opfer der SED-Diktatur engagiert:

Flexiblere Verwendung der PMO-Mittel: Anlässlich der MPK-Ost am 18. April 2018 schlug Thüringen eine Initiative zum flexibleren Umgang mit den PMO-Mitteln vor, um damit mögliche Gerechtigkeitslücken für die Opfer der SED-Diktatur zu schließen. Die Initiative fand seinerzeit keine Mehrheit. Zum 1. Juni 2018 trat eine Aktualisierung der betreffenden Verwaltungsvereinbarung in Kraft, die lediglich die Verwendungsfristen von zwei auf vier Jahre verlängert. Deshalb hat sich die Landesregierung insbesondere auch während des Vorsitzes Thüringen in der MPK-Ost in 2019 weiter für eine flexiblere Verwendung der PMO-Mittel eingesetzt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben argumentiert jedoch, dass jegliche Erleichterungen bei der Zweckbindung eine Änderung des DDR-Parteiengesetz nach sich ziehen würde. Für eine solche Gesetzesänderung hat sich bislang keine Mehrheit gefunden. Insofern stellt die 2018 in Kraft getretene Aktualisierung der Verwaltungsvereinbarung den maximal erreichbaren Kompromiss dar.

Erleichterte Anerkennung einer Gesundheitsstörung als verfolgungsbedingte Schädigungsfolge: Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts durch den Deutschen Bundestag am 7. November 2019 und Zustimmung des Bundesrats am 29. November 2019 werden Verbesserungen für die Versorgung Geschädigter eingeführt. Gerade für den Bereich der psychischen Gesundheitsstörungen wird erstmals gesetzlich eine widerlegbare Vermutung der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs bei psychischen Gesundheitsstörungen im neuen SGB XIV ausdrücklich vorgesehen. Diese widerlegbare Vermutung und weitere Erleichterungen zur Anerkennung einer Gesundheitsstörung als Schädigungsfolge werden durch das eingangs genannte Gesetz in das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz und das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz übernommen. Thüringen hat sich bereits in der Länderanhörung zum betreffenden Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Übernahme eingesetzt. Die grundlegenden Beweiserleichterungen zugunsten der Opfer der SED-Diktatur treten zum 1. Januar 2024 in Kraft.

Erneute Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze: Obwohl sich die soziale Lage der Opfer der SED-Diktatur in den vergangenen 15 Jahren spürbar verbessert hat, ziehen sich die Folgen des erlittenen Unrechts weiter durch die Biografien der Betroffenen und werden nur teilweise kompensiert und aufgeholt.² Hier halten die Thüringer Landesregierung und der Thüringer Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gleichermaßen nach. Als aktuelles Beispiel sind die gemeinsamen Anstrengungen zur Anpassung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze an die Bedarfe der Betroffenen zu nennen. Auf Initiative Thüringens, hat das MPK-Ost-Vorsitzland mit Schreiben vom 28. Juni 2022 einen entsprechenden Forderungskatalog an den Ostbeauftragten der Bundesregierung übermittelt und unter anderem erneut auf die Lage der Zwangsausgesiedelten aufmerksam gemacht. Die Initiative wurde von der SED-Opferbeauftragten des Bundes und den Landesbeauftragten der Länder unterstützt. Aktuell werden die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze im BMJ evaluiert.

Hinzuweisen ist zudem auf das Forschungs- und Bildungsprojekt „Vor Ort zum DENKort – Thüringer Orte der Repression, Opposition und Zivilcourage in der DDR“, dass seit 2021 über die Richtlinie „Förderung von Kultur und Kunst“ der Thüringer Staatskanzlei (TSK) gefördert wird. Es identifiziert in den Regionen Thüringens Orte, an denen vor allem junge

² Vgl. Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Geteilte Erfahrungen - Fortschreibung des Berichts zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen - Teil 1.

Menschen in der DDR trotz staatlicher Verfolgung und Unterdrückung kritisch und widerständig waren. Unter Einbindung eines wissenschaftlichen Beirats entwickelt der Verein Künstler für Andere, der auch Träger des Thüringer Archivs für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ (ThürAZ) ist, zusammen mit lokalen Initiativen aktuell acht Orte der Begegnung, des Erinnerns und des Lernens:

1. Ev. Rüstzeitheim in Braunsdorf; DENKOrt zur Offenen Arbeit in den evangelischen Kirchen der DDR“,
2. Veste Heldburg in Bad Colberg-Heldburg; DENKOrt zur Heimerziehung in der DDR,
3. Ehemaliges Durchgangsheim des DDR-Heimsystems in Schmiedefeld bei Neuhaus am Rennweg; DENKOrt zu Freiheitsentzug, Zwang und Umerziehung,
4. Langenschade (Unterwellenborn), Denksäule für die Friedensgruppe „Gewaltlos leben“; DENKOrt zur Friedensbewegung in der DDR,
5. Ev. Einkehrhaus in Bischofrod, DENKOrt zu kirchlichen Umweltgruppen und alternativer Lebensweise in der DDR,
6. Ehemalige JVA Hohenleuben, DENKOrt zu den Jugendhäusern in der DDR und dem System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur,
7. Gedenkstätte Amthordurchgang Gera, DENKOrt zur Geschichte der Wismut,
8. Ehemaliges Bezirkskrankenhaus in Gera, Geschlossene Venerologische Station im Bezirkskrankenhaus Gera, DENKOrt zu Freiheitsentzug, Zwang und Disziplinierung durch politische Medizin.

Das DENKOrte-Projekt verbindet die Orte mit der Erinnerung an diejenigen Menschen, die mutig gegen Repressalien und Verfolgung des SED-Regimes aufbegehrt haben und sich trotz erlittenen Unrechts ihren Freiheitswillen nicht brechen lassen haben.

Schulungen für die Verwaltungspraxis

Darüber hinaus sorgt das TMASGFF dafür, dass insbesondere die antragsbearbeitenden Stellen im TLVwA, aber auch Mitarbeitende der örtlichen Sozialhilfeträger, sich in regelmäßigen Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen zu Fragen und Entwicklungen im Rehabilitierungs- und Sozialen Entschädigungsrecht austauschen und fortbilden können.

Die im TLVwA für die Durchführung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zuständigen Mitarbeitenden pflegen einen betroffenenensiblen Umgang mit den Antragstellern. In regelmäßig stattfindenden Fortbildungsveranstaltungen – zuletzt im Rahmen des Fachtags „Politische Inhaftierung in der DDR“ am 25. April 2023 – wird für das Schicksal von politischer Verfolgung in der DDR Betroffener sensibilisiert. Im Rahmen der Antragsbearbeitung erfolgt eine umfassende Beratung zum Verfahren und den in Betracht kommenden Ansprüchen.

Zu III.5.

Mit Blick auf die besondere Bedeutung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 für die deutsche Geschichte nach 1945 wurde ein gemeinsamer Gedenkakt von Thüringer Landtag, Thüringer Landesregierung und Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 17. Juni 2023 in Jena ausgerichtet. Dabei fand eine Kranzniederlegung am Denkmal für die politisch Verfolgten in der SBZ und der DDR zwischen 1945 und 1989 statt, der anschließende Gedenkakt wurde im Historischen Rathaus der Stadt Jena begangen.

Zugleich hat sich die dezentrale, zivilgesellschaftlich geprägte Thüringer Aufarbeitungslandschaft in zahlreichen Veranstaltungen und Bildungsprogrammen mit dem Volksaufstand vor 70 Jahren auseinandergesetzt. Dafür hat die Thüringer Staatskanzlei Fördermittel zur Verfügung gestellt, auch wurde eine eigene Webseite mit einer Übersicht zu allen Angeboten in Thüringen erstellt: <https://thueringen.de/70-iahere-volksaufstand>

In Vorbereitung des 70. Jahrestages des Volksaufstandes hatte die Landesregierung zusammen mit dem Geschichtsverbund Thüringen im Frühjahr 2022 ein Konzept für eine zeitgemäße Erinnerungskultur erarbeitet („Heute vor 70 Jahren. Für eine lebendige Erinnerungskultur in Thüringen zu den Jahrestagen der Grenzabriegelung am 26. Mai 1952 und des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“). Die beiden großen Kirchen und die Betroffenen-Selbstorganisationen der Zwangsausgesiedelten haben zum Konzept Stellung genommen. Das Kabinett hatte das Konzept am 29. März 2022 verabschiedet und anschließend dem Thüringer Landtag vorgelegt (Drs. 7/5523).

Abteilung Versorgung und Integration

Referat 610 – SER-Renten, Rehabilitierung von SED-Unrecht, Bußgeld nach dem SGB XI

Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht - 1. SED-UnBerG Statistik über die Antragsgänge und die Bescheiderteilung

Stand:	Antragsgänge		Bescheide		davon Bewilligungen:			davon Ablehnungen		zusätzliche Aufhebungen		sonstige Erledigungen		offene Vorgänge
	monatlich	gesamt	monatlich	gesamt	monatlich	gesamt	mit Teil- ablehn./	monatlich	gesamt	monatlich	gesamt	monatlich	gesamt	
31.07.2023														
§§ 6, 17	11	16.966	15	13.218	15	13.003	170	0	215	-	0	0	3.725	23
§ 17(5)	0	9.635	0	9.500	0	9.493	-	0	7	-	0	0	135	0
§ 17a ^o	54	10.493	6	7.733	6	7.223	167	0	510	41	2	2	2.587	173
§ 6	0	1.587	0	916	0	895	37	0	21	-	0	0	671	0
§§ 2, 17	0	49	0	25	0	25	0	0	0	-	0	0	24	0
sonstige Anfragen	0	3.392	0	5	0	0	0	0	5	-	0	0	3.374	13
§ 25	0	635	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	629	6
Summe:	65	42.757	21	31.397	21	30.639	374	0	758	41	5	11.145	215	

Ausgezählte Mittel:	Strafrechtliche Reha.	Opferrente
Jul 2023	94.795,02 €	1.399.182,50 €
Gesamt 2023:	468.146,28 €	11.017.528,58 €
gesamt:	64.459.194,11 €	269.189.615,08 €
Anzahl der Auszahlungen:	24.627	7.223
Laufende Auszahlung, im Monat:	15	4.046
Anzahl:	Antrag auf gerichtl. Ent.	Antrag auf gerichtl. Ent.
	188	149
dav. positiv für AST entschieden	35	25
dav. negativ für AST entschieden	122	96
sonstige Erledigungen	30	24
offen:	1	4

*Die Rubrik Bescheide enthält auch Teilbescheide

§6, 17 Erstattung Geldstrafen, Kosten des Verfahrens/Kapitalentschädigung/Ausgezählte Mittel:Anzahl der Auszahl., lfd. Auszahl. im Monat enthält Mehrfachverbuchung

§17(6) Nachzahlung Kapitalentschädigung

§17a Besondere Zuwendung für Haftopfer **ab 05/2008 mit 3630**

§6 nur Erstattung Geldstrafen, Kosten des Verfahrens etc.

§2,17 Psychiatrie / Kapitalentschädigung

sonstige Anfragen

§25 Anfragen der Versorgungsländer- Ausschließungsgründe §16(2)

Abteilung Versorgung und Inklusion

Referat 610 – SER-Renten, Rehabilitierung von SED-Unrecht

Zweites Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht - 2. SED-UnBerG Statistik über die Antragseingänge und Bescheiderteilung

Stand:	Antragseingänge		Bescheide						sonst. Erledigung		offene Vorgänge
			vorläufig	endgültig		kumulativ		monatlich			
	monatlich	kumulativ		positiv	negativ	positiv	negativ				
	monatlich	kumulativ	positiv	negativ	positiv	negativ	monatlich	kumulativ			
31.07.2023											
VwRehaG	2	5.655	503	2	0	2.011	1.506	0	2.009	129	
-davon Zwangs-aussiedlungen	0	1.124	493	0	0	479	87	0	557	1	
-davon (6500) Rehabilitierung nach § 1a	0	144	0	0	0	110	16	0	16	2	
-davon (5102) Rehabilitierung nach § 1a Abs. 2- Zersetzung	0	92	0	0	0	27	6	0	6	53	
BerRehaG	4	20.374	119	3	2	14.591	2.525	0	3.128	130	
davon Schlichter	3	798	22	3	0	763	35	0	0	0	
Gesamt:	6	26.029	622	5	2	16.602	4.031	0	5.137	259	
sonst. Anfragen	0	3.368	-	-	-	-	-	1	3.342	26	

	Widersprüche			Klagen		
	VwRehaG	BerRehaG	Summe	VwRehaG	BerRehaG	Summe
Anzahl:	713	1.158	1.871	169	308	477
davon positiv für AST entschieden	22	152	174	6	17	23
davon negativ für AST entschieden	620	875	1.495	76	138	214
sonstige Erledigungen	64	118	182	81	139	220
offen:	7	13	20	6	14	20

Anlage 3

Lehrpläne, ThILLM-Angebote, Bildungsangebote, Schülerwettbewerbe, Prüfungen, Mediothek

1 Einbettung der Thematik in die Thüringer Lehrpläne

- 1.1 Lehrpläne für das Fach Geschichte
- 1.2 Lehrpläne für das Fach Sozialkunde
- 1.3 Lehrpläne für die Religionsfächer
 - 1.3.1 Lehrplanvoraussetzungen Katholische Religionslehre
 - 1.3.2 Lehrplanvoraussetzungen Evangelische Religionslehre

2 Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung

- 2.1 Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung im Fach Geschichte und fächerübergreifend in Kooperation mit anderen Institutionen und außerschulischen Lernorten
- 2.3 Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung im Fach Sozialkunde und fächerübergreifend in Kooperation mit anderen Institutionen und außerschulischen Lernorten
- 2.4 Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung in den Religionsfächern und fächerübergreifend

3 Nutzung von Angeboten der Bundesstiftung Aufarbeitung

4 Teilnahme an Schülerwettbewerben

5 Schriftliche Abiturprüfungen im Fach Geschichte mit Bezug zur DDR-Geschichte (Beispiele)

6 Die Mediothek des Thüringer Schulportals – Materialien für Lehrkräfte zum Thema DDR-Geschichte

1 Einbettung der Thematik in die Thüringer Lehrpläne

Die Thematisierung des staatlichen und institutionalisierten Unrechts in der DDR und der SBZ im Unterricht wird durch verschiedene Maßnahmen sichergestellt. Die schulische Vermittlung der DDR-Geschichte hat durch die Zielvereinbarung zwischen dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) und der Thüringer Landesschülervertretung (LSV) nochmals an Bedeutung gewonnen.

1.1 Lehrpläne für das Fach Geschichte

Thüringer Lehrpläne zum Erwerb des Hauptschul- und des Realschulabschlusses 2012 und zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife Geschichte 2012/2021

Die kompetenzorientierten Lehrpläne für das Fach Geschichte bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte, um staatliches und institutionalisiertes Unrecht in der DDR und in der SBZ im Unterricht aufzugreifen.

Zentrales Ziel des Unterrichtsfachs **Geschichte**¹ ist die Ausbildung und Förderung eines eigenständigen historischen Denkens. Dabei bildet die selbstständige und reflektierte Auseinandersetzung mit Geschichte eine wichtige Grundlage für die Orientierung der Lernenden in ihrer gegenwärtigen Lebenswelt und ermöglicht ihnen einen mündigen Umgang mit den vielfältigen Deutungs- und Identifikationsangeboten der Geschichtskultur.

In den letzten Jahren sind moderne, kompetenzorientierte Lehrpläne in Thüringen für das Fach Geschichte erarbeitet worden, die sowohl für die Regelschule als auch für das Gymnasium die spezifischen Anforderungen bei der Erlangung von Sach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz in den Fokus rücken. Die weiterentwickelten Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen in Thüringen geben Antworten auf aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen. Sie greifen Vorgaben der Kultusministerkonferenz auf. Deren Nationale Bildungsstandards legen allgemeine und verbindliche Bildungsziele fest und konkretisieren so den Bildungsauftrag der Schulen.

Vergangenheitsdeutung, Gegenwartserfahrung und Zukunftserwartung sind dabei zentrale Elemente bei der Entwicklung eines Geschichtsbewusstseins.

Auswahl von Quellen und Materialien

Lehrkräfte wählen Quellen, Texte, Filme und andere Materialien differenziert aus, um die verschiedenen Facetten des staatlichen Unrechts zu veranschaulichen. Hierzu dienen Augenzeugenberichte, Dokumente, historische Analysen u.a.

Vielfältige Lehrmethoden

Lehrkräfte nutzen verschiedene Methoden, um Geschichte verständlich zu vermitteln. In Diskussionen, Gruppenarbeiten, Rollenspielen und durch weitere interaktive Ansätze wird ein tieferes Verständnis der Problematik gefördert.

¹ Auszüge aus dem Thüringer Lehrplan zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife Geschichte 2021

Kritische Analyse

Die Schülerinnen und Schüler werden im Fachunterricht ermutigt, die Ereignisse kritisch zu analysieren, verschiedene Perspektiven zu betrachten und eigenständige Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies fördert ein tieferes Verständnis und kritisches Denken.

Fortbildung für Lehrkräfte

Lehrkräfte erhalten regelmäßig Fortbildungen, die ihnen helfen, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und pädagogische Ansätze zu integrieren. Dadurch wird sichergestellt, dass sie die Thematisierung des staatlichen Unrechts in angemessener Tiefe und Qualität vermitteln können.

Aktualität der Inhalte

Die Geschichtsforschung kann neue Erkenntnisse über diese Zeit liefern. Lehrpläne und Materialien werden regelmäßig überarbeitet, um sicherzustellen, dass sie auf dem neuesten Stand sind und historische Genauigkeit gewährleisten.

Die Kombination dieser Maßnahmen zielt darauf ab, sicherzustellen, dass die Thematisierung des staatlichen und institutionalisierten Unrechts in der DDR und der SBZ im Unterricht in einem historisch adäquaten Umfang erfolgt.

Bezogen auf die **Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte** weist der **Lehrplan für das Fach Geschichte zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife** folgende Schwerpunktsetzungen auf:

In Klassenstufe 10 erfolgt

- die Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte von 1945 bis 1990 als einer miteinander verflochtenen doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Auseinandersetzung zweier ideologischer Systeme in Europa und der Welt.

Die Schülerinnen und Schüler können

- Stationen der deutschen Teilungsgeschichte, wesentliche Ereignisse, Entwicklungen und Strukturen und das Leben in unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen darstellen und in Beziehung zu Demokratie und Diktatur setzen.
- Ursachen und Ereignisse der Friedlichen Revolution in der DDR und den Weg zur Einheit darstellen und sich mit Urteilen über den Vereinigungsprozess auseinandersetzen.

In den Klassenstufen 9/10 werden alle Unterrichtsfächer des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes parallel angeboten. Das bietet die Möglichkeit, im Rahmen der schulinternen Lehr- und Lernplanung die Unterrichtsinhalte im Rahmen der Fächergruppe gezielt abzustimmen, Redundanzen zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen, einschließlich der Möglichkeit, an außerschulischen Lernorten wie Archiven, Gedenkstätten und Museen zu arbeiten. Eine solche ganzheitliche Betrachtungsweise fördert vernetztes Denken und eine reflektierte Urteilsbildung im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht.

In der **gymnasialen Oberstufe Klassenstufe 11/12** rückt der Lernbereich IV „Europapolitik und Weltpolitik im Spannungsfeld von Interessen und Werten“ die Nachkriegspolitik ab 1945 in Deutschland und den Kalten Krieg bis zur Friedlichen Revolution 1989/90 in den Mittelpunkt.

Der Schüler charakterisiert machtpolitische Interessen, Wertvorstellungen und Gegensätze im Rahmen des Ost-West-Konfliktes, die die Europa- und Weltpolitik z. T. bis heute bestimmen. Er bewertet den Kalten Krieg als ideologische, gesellschaftspolitische und militärische Machtprobe zwischen den Kontrahenten, die sich auf ihre Bündnissysteme stützten.

Der Schüler beurteilt diesen Konflikt, der sich im Besonderen in der deutschen Frage widerspiegelte. In der Auseinandersetzung mit Entscheidungen von Personen, Staaten und Staaten-gruppierungen kann der Schüler die Zeitbedingtheit von Interessen und Motiven politischen Handelns beurteilen.

Der Schüler kann

- die Auswirkungen des Kalten Krieges auf die deutschlandpolitischen Entscheidungen der Alliierten beurteilen,
- sich mit kontroversen Wert- und Ordnungsvorstellungen im Kontext der doppelten Staatsgründung auseinandersetzen,
- die innere Entwicklung beider deutscher Staaten in Abhängigkeit von der Politik der Siegermächte erläutern,
- die Entwicklung der deutschen Frage vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes untersuchen,
- die Kontroverse zwischen Demokratieanspruch und Demokratiewirklichkeit in beiden deutschen Staaten anhand von Beispielen beurteilen,
- den Umgang mit oppositionellen Gruppen in Ost und West untersuchen,
- die Vergleichbarkeit von Diktaturen, z. B. Nationalsozialismus, Stalinismus, SED-Diktatur diskutieren,
- den Zusammenhang von Wirtschaftsordnung, Lebensverhältnissen und Systemakzeptanz in beiden deutschen Staaten erschließen,
- die friedliche Revolution als Ausdruck des ökonomischen, politischen sowie kulturellen Scheiterns des kommunistischen Gesellschaftsmodells beurteilen,
- Herausforderungen und Ergebnisse des Wiedervereinigungsprozesses beurteilen,
- die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zum Beispiel mit Hilfe von Zeitzeugenbefragungen und Besuchen von außerschulischen Lernorten als Form der Auseinandersetzung mit der neuesten Geschichte beurteilen.

(Lehrplan Geschichte, S. 42 ff.)

1.2 Lehrpläne für das Fach Sozialkunde

Der Umgang mit dem staatlichen und institutionalisierten Unrecht in der DDR spielt auch im Fach Sozialkunde eine wichtige Rolle. Dabei wird entsprechend des Lehrplans für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife in Klasse 10 die Demokratie in der BRD mit einer anderen Herrschaftsform, in diesem Fall mit der in der DDR, verglichen. Hier wird beispielsweise die politische Überwachung durch die Staatssicherheit, die Rolle der Parteien und das Wahlsystem der DDR thematisiert. Im Lehrplan für das Fach Sozialkunde wird zudem daraufhin hingewiesen, dass den Schülerinnen und Schülern insbesondere ab der Doppeljahrgangsstufe 9/10 ermöglicht werden soll, an außerschulischen Lernorten Informationen zu gewinnen und entsprechend zu verarbeiten. Zum Beispiel können relevante Themen in den Lernbereichen „Gesellschaft und Politik im Wandel“ (Wandlungsprozessen von Politik und Gesellschaft) sowie „Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“ (Bedeutung von Grund- und Menschenrechten für den Einzelnen und das gemeinsame Leben in der Bundesrepublik Deutschland) u.a. im „Stasi-Unterlagen-Archiv“ bearbeitet werden. Der Umgang mit diesem Thema im Unterricht

erfordert Sensibilität, um die schwierigen Aspekte angemessen zu vermitteln, aber auch, um Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Schlüsse zu ziehen und eine kritische Perspektive zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, eine ausgewogene Darstellung der Geschichte zu gewährleisten und die verschiedenen Facetten der DDR-Herrschaft zu berücksichtigen.

1.3 Lehrpläne für die Religionsfächer

Die Lehrpläne für die Religionsfächer in Thüringen bieten einige Anknüpfungspunkte zur Thematisierung des staatlichen und institutionalisierten Unrechts in der DDR und in der SBZ im Unterricht. Aufbauend auf den Lehrplaninhalten sind in den vergangenen Jahren entsprechende Fortbildungen im zentralen und zentral-regionalisierten Bereich für Lehrkräfte, auch fächerübergreifend, angeboten worden.

1.3.1 Lehrplanvoraussetzungen Katholische Religionslehre

Klasse 9/10. Lernbereich 3: Die Gemeinschaft der Gläubigen in Gegenwart und Vergangenheit entdecken

Vorbemerkungen: Die Begegnung mit Zeitzeugen und historischen Quellen lässt geschichtliche Ereignisse für den Schüler erfahrbar werden.

Sachkompetenz:

Der Schüler kann

- das Verhältnis der Kirchen zu Staat und Ideologie in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts differenziert beschreiben und ein eigenes, kritisches Urteil formulieren,
- sich mit christlich motiviertem Widerstand im Dritten Reich am Beispiel ausgewählter Persönlichkeiten auseinandersetzen,
- Herausforderungen des Systems der DDR für den einzelnen Christen beschreiben, u. a. Jugendweihe.

Methodenkompetenz:

Der Schüler kann

- historische und theologische Texte analysieren und in ihren Entstehungskontext einordnen
- komplexe historische Entwicklungen grafisch darstellen,
- ein Zeitzeugeninterview vorbereiten, durchführen und auswerten
- mit Repräsentanten der katholischen Kirche in einen Dialog treten.

Selbst-/Sozialkompetenz:

Der Schüler kann

- einen Standpunkt begründet und vorurteilsfrei darlegen,
- das eigene Handeln mit Blick auf überlieferte christliche Glaubensüberzeugungen reflektieren,
- mit Menschen anderer religiöser Überzeugungen und Weltanschauungen respektvoll kommunizieren.

1.3.2 Lehrplanvoraussetzungen Evangelische Religionslehre

Klasse 9/10. **Lernbereich:** Die Frage nach der Kirche in Geschichte und Gegenwart

Sachkompetenz:

Der Schüler kann

- das Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland beurteilen.

Methodenkompetenz:

Der Schüler kann

- aufgabenbezogenen Medien und Methoden zur Materialrecherche und -verarbeitung nutzen,
- Arbeitsergebnisse präsentieren Kriterien für eine konstruktive Begegnung in dialogischen Situationen prüfen
- zu einer Problemstellung ein Lösungskonzept entwickeln geschichtliche Ereignisse systematisieren und beurteilen

Selbst-/Sozialkompetenz:

Der Schüler kann

- selbstständig Problemfragen erörtern
- die Perspektive eines Anderen einnehmen und in Bezug zum eigenen Standpunkt setzen.

Seminarfach

Des Weiteren kann die Thematik im Rahmen des Seminarfachs gewählt werden. Damit wird das Thema per se prüfungsrelevant.

2. Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung

Das ThILLM leistet seit vielen Jahren eine kontinuierliche Bildungsarbeit zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts im schulischen Kontext durch zahlreiche Fortbildungsangebote in Kooperation mit außerschulischen Lernorten.

2.1 Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung im Fach Geschichte und fächerübergreifend in Kooperation mit anderen Institutionen und außerschulischen Lernorten

In den vergangenen Jahren wurden den Thüringer Lehrkräften vielfältige Fortbildungsangebote für das Fach Geschichte und fächerübergreifend zum Themenbereich DDR-Geschichte offeriert.

Seit September 2020 wurde durch den Fachbereich Geschichte am ThILLM das Kernprojekt I „Digitale History Snacks“ für den Präsenz- und Distanzunterricht zur Vorbereitung von Online-Fortbildungen entwickelt. Als Teil des Gesamtkonzepts "Geschichte online" werden durch die Fachberaterinnen und Fachberater "History Snacks" erarbeitet, die verschiedene lehrplanrelevante Themen digital aufbereiten und neben fachlichen Informationen auch Aufgabenstellungen und Verlinkungen zu weiterführenden Inhalten bieten. Hierbei stehen fachliche und methodische Aspekte sowie Aufgabenstellungen und Verlinkungen zu weiterführenden Inhalten im Vordergrund. Dieses Online-Angebot ist flexibel einsetzbar und sowohl für das Lernen in der Schule als auch für das selbstständige Lernen im Distanzunterricht schulartübergreifend geeignet.

Ein Angebot stellt hierbei das **Thema „Bildung in der DDR“** dar. Hier wird die Institution Schule in differenzierter Art und Weise als systemunterstützend und diktaturprägend dargestellt und die Rolle des sozialistischen Bildungssystems im Rahmen der ideologischen Erziehung definiert.

Das Thema „**Der 17. Juni 1953 - Volksaufstand in der DDR**“ wird den Lehrkräften in einem weiteren History Snack, unterstützt durch ausgewähltes Quellenmaterial und Videoclips vorgestellt. Es liegt hiermit ein geeignetes methodisches und didaktisches Unterrichtskonzept zu Ursachen und Folgen der Proteste in Ost-Berlin und in der DDR vor.

Mehrtägige Lehrerfortbildungen widmen sich dem Lernfeld Alltagserfahrungen in der DDR, Themen sind dabei u. a. der Alltag in der DDR zwischen staatlichen Ansprüchen und gesellschaftlicher Wirklichkeit, zwischen Mangelwirtschaft und Schlangestehen, Alltag im Sperrgebiet und DDR-Geschichte in der Schule.

Das Fortbildungsangebot „**Alltagserfahrungen in der DDR - Zwischen Spielzeugkiste und Ideologie**“, zu dem durch Fachberater für das Fach Geschichte in eine Ausstellung des Stadtmuseums Gera eingeladen wurde, richtete sich sowohl an Lehrkräfte, die im Rahmen des Lehrplanes Geschichte Klasse 10 Alltagserfahrungen in der DDR vermitteln, als auch an die jüngerer Klassen, die den Schülerinnen und Schülern Einblick in den DDR-Alltag näherbringen wollen. Dass Kinderzimmer häufig keine ideologiefreie Zone und somit auch Spielzeug und Spiegel ihrer Zeit waren, wird in der Ausstellung des Museums deutlich. Materialien zum Thema "Schule in der DDR", auch in digitaler Form, werden zur Verfügung gestellt.

Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Bereich Fachdidaktik der Geschichte

Regelmäßige Fachtage Geschichte in Kooperation mit dem Bereich Geschichtsdidaktik der FSU Jena nehmen dieses und andere Geschichtsthemen in den Fokus und bieten Lehrkräften die Möglichkeit, sich mit aktuellen methodischen und fachdidaktischen Ansätzen zu beschäftigen. In regelmäßigen Abständen widmet sich der Fachtag auch dem Thema der DDR-Geschichte und trägt somit zur Auseinandersetzung mit staatlichem und institutionalisiertem Unrecht in der DDR und in der SBZ bei.

Kooperation mit beiden Thüringer Universitäten

In Kooperation mit der Point Alpha Foundation, der Stiftung Ettersberg und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fand eine zweitägige Veranstaltung zum Thema „Bildung in der Diktatur - Bildung nach der Diktatur - Das Thema DDR-Diktatur und deren Aufarbeitung“ statt. Sie war fächerübergreifend angelegt und richtete sich an Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ersten, zweiten und dritten Phase der Lehrerbildung. Im Fokus stand das Thema DDR-Geschichte in Ausbildung, Fortbildung und Unterricht. Impulsreferate am Vormittag und Workshopangebote am Nachmittag konzentrierten sich auf fachspezifische und methodische sowie didaktische Umsetzungsmöglichkeiten. Dr. Jens Hüttmann, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sprach zum Thema „Die heile Welt der Diktatur? Das heutige Bild thüringischer Schülerinnen und Schüler von der DDR“. Im Rahmen eines Abschlussplenums wurden aus den inhaltlichen Impulsen beider Konferenztage Implikationen für Lehrerbildung und Schule abgeleitet.

Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Erfurt

Das ThILLM verbindet eine langjährige Zusammenarbeit mit der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße. In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten realisiert. Aktuell beteiligt sich das ThILLM unterstützend am Projekt „Vor dem Verschwinden - Spurensuche nach vergessener Kunst aus der DDR“ (<https://vor-dem-verschwinden.de/>).

Jugendliche begeben sich in diesem fünftägigen Projekt auf Spurensuche nach baubezogener Kunst aus der DDR. Mit den Erkenntnissen aus ihren Recherchen und Eindrücken gestalten sie

eigene Kunstwerke oder Medienformate. Unterstützt werden sie dabei von regionalen Künstlerinnen und Künstlern und einer Museumspädagogin.

Die DDR gab beim Bau und bei der Neugestaltung von Wohngebieten und Innenstädten einen Teil der Bausumme für baubezogene Kunst und Freiflächengestaltung aus. Wandbilder, Reliefs, Glasfenster und Mosaik, Plastiken, Skulpturen und Brunnen sollten die Staatsideologie repräsentieren, die sozialistische Lebensweise und Weltanschauung verbildlichen. Mit der Wiedervereinigung verloren viele DDR-Bauten ihre Funktion, wurden abgerissen und verändert. Die zugehörige Kunst verschwand oftmals mit den Gebäuden. Die verbliebenen Kunstwerke sind ihrem ursprünglichen Kontext entzogen, oftmals restaurierungsbedürftig und umstritten.

Kooperation mit der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt

In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung führt das ThILLM seit vielen Jahren Fortbildungsangebote durch, die die Teilnehmenden in die Lage versetzen, wichtige inhaltliche Aspekte der Thematik für ihren Fachunterricht aufzubereiten.

So ist in Ganztagsfortbildungen die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der DDR-Geschichte und deren Vermittlung im Unterricht thematisiert worden.

Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald

Das ThILLM verbindet seit Jahren ein Kooperationsvertrag mit der Gedenkstätte Buchenwald. Auf dieser Basis können insbesondere Fortbildungen zum Speziallager Nr. 2 angeboten werden, Letzteres verdeutlicht in besonders gravierender Weise staatliches und institutionalisiertes Unrecht in der SBZ. Schulen haben im Rahmen eines Besuchs der Ausstellung zum Speziallager Nr. 2 insbesondere die Möglichkeit Kenntnisse vor Ort zum Thema zu erlangen. Die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald kann eine wertvolle Möglichkeit sein, das Thema staatlichen und institutionalisierten Unrechts in der SBZ im Unterricht zu vertiefen.

Möglichkeiten, wie diese Zusammenarbeit gelingen kann:

1. **Exkursionen und Führungen:** Lehrkräfte können Exkursionen zur Gedenkstätte Buchenwald organisieren. Führungen vor Ort bieten eine direkte Verbindung zur Geschichte und ermöglichen den Schülerinnen und Schülern, sich mit authentischen Orten und Geschichten auseinanderzusetzen.
2. **Expertenvorträge:** Die Gedenkstätte kann Fachleute oder Zeitzeugen einladen, um Vorträge und Workshops zum Thema anzubieten. Dies ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, aus erster Hand von Menschen zu hören, die direkt von den Ereignissen betroffen waren oder Expertenwissen darüber haben.
3. **Workshops und Seminare:** Die Gedenkstätte bietet Workshops und Seminare an, die Lehrkräften pädagogische Ansätze vermitteln, um das Thema angemessen im Unterricht zu behandeln. Hier können Aspekte wie die Auswahl von Quellen, pädagogische Methoden und Sensibilität im Umgang mit dem Thema diskutiert werden.
4. **Lehrmaterialien:** Die Gedenkstätte stellt Lehrmaterialien bereit, die speziell für den Unterricht entwickelt wurden. Diese Materialien umfassen historische Hintergründe, Dokumente, Fotos und Arbeitsblätter, die Lehrkräfte im Unterricht verwenden können.
5. **Digitale Ressourcen:** Die Gedenkstätte stellt ebenso digitale Ressourcen in Form eines

Online-Archivs bereit und entwickelt interaktive Lernmodule. Diese können Lehrkräften helfen, das Thema in vielfältiger Weise im Unterricht zu behandeln.

6. **Kooperative Projekte:** Lehrkräfte und Gedenkstätte initiieren gemeinsame Projekte, bei denen Schülerinnen und Schüler anhand von Forschungsaufträgen, Präsentationen oder anderen kreativen Ansätzen tiefer in das Thema eintauchen.

Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und Gedenkstätte Buchenwald können Schülerinnen und Schüler ein tieferes Verständnis für das staatliche und institutionalisierte Unrecht in der SBZ entwickeln und gleichzeitig den historischen Bezug zu einem realen Ort herstellen.

Kooperation mit der Akademie Point Alpha Geisa

Die Gedenkstätte Point Alpha ist in ihrem Gesamtkomplex ein unvergleichliches Zeitzeugnis und ein einzigartiger Lernort der Geschichte. Lehrkräfte werden in ein- oder zweitägigen Veranstaltungen die deutsch-deutsche Geschichte und die damit verbundenen Möglichkeiten der Vermittlung an außerschulischen Lernorten und im Unterricht nähergebracht. In Kooperation mit diesem außerschulischen Lernort sind in den letzten zehn Jahren bereits zahlreiche Fortbildungen durchgeführt worden, die das Thema „DDR“ in den Mittelpunkt gestellt haben. Unter anderem wurde in Lehrerfortbildungen gemeinsam mit Prof. Dr. Bodo von Borries das Thema „DDR im Geschichtsunterricht – Herausforderungen im gesamtdeutschen Kontext“ diskutiert und Frau Prof. Dr. Klausmeier stellte ihre Studie zum Wissen von Schülerinnen und Schülern zur DDR vor.

Eine weiteres Fortbildungsangebot widmete sich dem Thema: „Zwischen staatlichen Ansprüchen und Wirklichkeit - Jugend in der DDR“. Wie in keinem anderen Ostblockstaat war die Jugend in der DDR sowohl durch Einflüsse der politischen Agitation der Staatsmacht als auch westlicher Kultur und Medien geprägt. Die SED versuchte bei der Erziehung der Jugend bereits von frühester Kindheit an, das Klassenbewusstsein der jungen Staatsbürger zu wecken. Jedoch gelang es weder mit den Mitteln der Zensur noch mit systematischer Propaganda, die alternativen Lebensentwürfe der jungen Menschen durch das konformistische System des real existierenden Sozialismus zu unterdrücken.

Das Seminar fragte gemeinsam mit Experten und Wissenschaftlern nach staatlichen Ansprüchen und jugendlichen Gegenentwürfen in der DDR. Zugleich versuchte es einen Einblick in die Vielfältigkeit der Lebensläufe der jungen Generationen im Osten zu geben.

Neuestes Projekt ist eine zweitägige Lehrerfortbildung zum Thema „Deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert zwischen Spaltung und Einheit“. Hier werden Schlaglichter der aktuellen Forschung ebenso thematisiert wie die Arbeit mit Quellen und didaktischen Materialien.

2.3 Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung im Fach Sozialkunde und fächerübergreifend in Kooperation mit anderen Institutionen und außerschulischen Lernorten

Im Bereich der Lehrerfortbildung arbeitet das ThILLM auch im Fachbereich Sozialkunde mit verschiedenen externen Partnern, wie der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt oder dem Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth zusammen. Daraus entstanden in der Vergangenheit verschiedene Fortbildungsveranstaltungen. Auch in der Zukunft soll diese Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Beispiele für die Umsetzung in der Lehrerfortbildung:

- **Das sowjetische Speziallager Nr. 2 - Zeitzeugengespräch - "Das Lager nach dem Lager"**

Die Fortbildung zum Thema „Das sowjetische Speziallager Nr. 2 – 1945-1950 – aus der Sicht der Zeitzeugen“ ermöglicht die intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des "Lagers nach dem Lager" und dem Unrecht in der SBZ. Neben Zeitzeugengesprächen, einem geführten Rundgang durch das Lagergelände und der Besichtigung der Ausstellung zum sowjetischen Speziallager finden Diskussionsrunden zur Geschichte des Speziallagers statt.

- **Gedenkstätte Point Alpha**

Im Rahmen der Fortbildungen in der „Gedenkstätte Point Alpha“ wird über die vielfältigen Möglichkeiten des Lernorts für die politischen-historische Bildung informiert. Die Lehrkräfte erhalten Handlungsanleitungen zur Umsetzung des genannten Lernkonzeptes: Führungen durch die Gedenkstätte, Grenzwanderungen entlang des Todesstreifens, Filme, kompetenzorientierte Arbeit in Workshops mit Dokumenten und Fundstücken, Museumsrallyes und modulare Geschichtswerkstatt.

- **Gedenk- und Bildungsstätte im Torhaus: „Politische Haftanstalt Gera“**

Den Lehrkräften wird in einer Führung durch den Lernort das pädagogische Konzept erklärt. Dabei erhalten sie einen Einblick in das Schülerarbeitsmaterial und die Hinweise für Pädagoginnen und Pädagogen.

- **Stasi-Unterlagen-Archiv Gera**

Ziel der Fortbildung ist es, die einstige Realität in der DDR für Schülerinnen und Schüler erlebbarer zu machen. Dafür bietet das Stasi-Unterlagen-Archiv in Gera eine Dauerausstellung zum Thema „Stasi - Schattenarmee einer Diktatur“ an, in der ein Stasi-Büro mit originaler Einrichtung sowie eine breite Palette technischer Geräte, die zur Überwachung der Bürgerinnen und Bürger in privaten und öffentlichen Räumen dienen, besichtigt werden kann.

Des Weiteren wird über Projekte informiert, in denen den Schülerinnen und Schülern zum einen die Analyse von MfS-Akten und zum anderen die Befragung von Zeitzeugen ermöglicht wird.

- **Die interaktive Wanderausstellung: "Von Liebe und Zorn. Jung sein in der Diktatur" (Die BStU-Außenstelle)**

In der Veranstaltung wird über das aktuelle Konzept der BStU-Außenstelle informiert. Dabei stehen verschiedene methodische Möglichkeiten der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern im Mittelpunkt.

- **„Die heile Welt der DDR“ – Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Was war die DDR? Diese Frage wird mehr denn je diskutiert. Noch 1989 schien die Antwort eindeutig: Damals gingen Hunderttausende in der DDR auf die Straße, um gegen die Diktatur der SED, für Reisefreiheit und bessere Lebensverhältnisse zu demonstrieren. Heute wird der Alltag in der DDR häufig verklärt. Gab es tatsächlich so etwas wie eine „heile Welt“ inmitten der Diktatur? Oder waren SED-Herrschaft und Alltag letztlich untrennbar miteinander verbunden? In der Fortbildung wird dieses Thema diskutiert und verschiedene Unterrichtsmaterialien vorgestellt.

- **„Der Kommunismus in seinem Zeitalter“-Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Die Fortbildung setzte sich sowohl inhaltlich als auch methodisch-didaktisch mit der Ausstellung auseinander. Die Ausstellung „Der Kommunismus in seinem Zeitalter“ beschreibt den Aufstieg und Niedergang der kommunistischen Bewegungen. Diese waren im 20. Jahrhundert dazu angetreten, nicht nur die Welt, sondern auch die Menschen grundlegend zu verändern. Ihr totalitärer Anspruch mobilisierte rund um den Globus Millionen und entwickelte sich zum Albtraum von Abermillionen, die Opfer kommunistischer Gewaltregime wurden.

- **„Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“- Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Es fehlt - in Ost wie in West - an Wissen sowie an einem unvoreingenommenen Diskurs über die Zeitgeschichte der deutschen Einheit nach 1990, der Klischees hinterfragt und nicht zuletzt im Westen ein Bewusstsein für das Ausmaß der Umbruchserfahrungen stiftet, die in der ostdeutschen Gesellschaft fortwirken. Hier setzt die Ausstellung "Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel" an. Die Ausstellung thematisiert mit Bildern und Texten die Erwartungen und das Vertrauen, das die Ostdeutschen mit der Wiedervereinigung verbunden hatten. In der Veranstaltung wird die Ausstellung vorgestellt, das didaktische Begleitmaterial analysiert und Einsatzmöglichkeiten im Distanzunterricht diskutiert.

- **Das Grünes Band in Deutschland - Vom Todesstreifen zur Lebenslinie**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fortbildung, die in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen durchgeführt wird, können anhand eines Vortrages zum Thema mit Filmvorführung und anschließender Fragerunde über die Geschichte der deutsch-deutschen Grenze, über das Grüne Band und die vorhandenen Naturschätze, die es zu bewahren gilt, Näheres erfahren und sich mit der herausragenden Aufgabe beschäftigen, wie der BUND seit

dem Fall der Mauer eines der größten und bedeutendsten Naturschutzprojekte geschaffen hat. Mit der Ausweisung des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument wird die frühere innerdeutschen Grenze ein einzigartiges länderübergreifendes Biotopverbundsystem. Geschichte und Gegenwart, Natur und Kultur erhalten einen Begegnungsraum. Ein lohnender fächerübergreifender Ansatz, der mit methodischen und didaktischen Empfehlungen den Lehrkräften die Möglichkeit eröffnet, sich einen interessanten Lernort zu erschließen.

- **Die DDR erinnern: Stadtrundgang auf den Spuren von Matthias Domaschk in Jena**

An authentischen Lebensorten wird die Biografie von Matthias Domaschk exemplarisch vorgestellt, der in den 1970er Jahren als unangepasster Jugendlicher in Jena lebte und 1981 unter bis heute nicht vollständig geklärten Umständen in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit für den Bezirk Gera verstarb. Aufgezeigt werden in dieser Fortbildung Möglichkeiten, das Thema "Opposition und Widerstand in der DDR" anhand eines mikrohistorischen Ansatzes an einem außerschulischen Lernort zu behandeln.

2.4 Angebote des ThILLM in der zentralen und regional-zentralisierten Fortbildung in den Religionsfächern und fächerübergreifend

In den vergangenen Jahren wurden sowohl in der zentral-regionalisierten als auch in der zentralen Fortbildung des ThILLM im Bereich der Religionsfächer Fortbildungen mit Bezug zur Rolle der Kirchen in der DDR-Diktatur durchgeführt. Im Mittelpunkt dieser Angebote standen und stehen folgende Schwerpunktsetzungen:

- **Katholische Kirche in der DDR**

Kirchengeschichte - Kirche in der Diktatur Schwerpunkte: Jugendweihe, Bausoldaten, Zwangsumsiedlung, Bespitzelung durch die Staatssicherheit; Besprechung von Erfahrungsberichten, Materialien und Lehrbuchmaterialien; Erarbeitung und kritische Sichtung von Materialien für Schülerinnen und Schüler

- **"Kirche in der DDR - unterrichtspraktische Arbeit"**

In der Fortbildung wird ein chronologischer Überblick über das Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR von 1949 bis 1989 gegeben und unterrichtspraktische Arbeitsmaterialien vorgestellt.

- **„Kirche in der DDR zwischen Anpassung und Widerstand“**

In der Fortbildung werden die verschiedenen Phasen des Staat-Kirche-Verhältnisses von 1949 bis 1990 vorgestellt, Schwerpunktthemen diskutiert und entsprechende Unterrichtsmaterialien vorgestellt.

- **Informationen und Unterrichtsideen für die Sekundarstufe I und II, Katholisch sein in der sozialistischen Schule. Katholische Kirche in der DDR - Kirchengeschichte.**

- **Die evangelische Kirche in der DDR**

Eingebunden in den Geschichtsunterricht in Klasse 10 bietet die Beschäftigung mit dem Thema "Die evangelische Kirche in der DDR" vielfältige Möglichkeiten, sich mit der Alltagsgeschichte sowie mit dem Umgang mit Kritik und Opposition in der DDR auseinanderzusetzen. Umfangreiche Arbeitsmaterialien zum Thema, wie zum Einsatz von Bausoldaten, der Friedensbewegung, der Jungen Gemeinde, der Bewegung "Schwerter zu Pflugscharen", der Friedensbewegung u.a. werden vorgestellt und Einsatzmöglichkeiten im Unterricht z. B. im Gruppenpuzzle aufgezeigt. Alle Materialien werden digital zur Verfügung gestellt.

- **Kirchliches Leben in der DDR**

Kirchengeschichte der Gegenwart: Kirche in der DDR-Diktatur 1. Überblick über verschiedene Phasen im Verhältnis von Kirche und Staat von 1945 - 1989 2. Kirchliches Leben in der DDR 3. Streitpunkt Jugendweihe 4. weitere thematische Anregungen zu den Themen: Zwangsaussiedlung, Bausoldaten, Stasi-Überwachung, Wehrkundeunterricht

- **Katholische Kirche in Diktatur und Freiheit - Was war? Was bleibt? Was wird? Impulse für heute. Katholischer Religionslehrertag**

Im Jahr 2019 jährte sich die friedliche Revolution und der Untergang der DDR zum dreißigsten Mal. Viele haben diese Entwicklung miterlebt und sind davon immer noch geprägt. Für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen sind das erste Kindheitserinnerungen bzw. Geschichten der Eltern. Religionslehrkräfte - egal welchen Alters - sollten Auskunft geben können, wenn sie von ihren Schülerinnen und Schülern gefragt werden und wenn der Lehrplan es fordert. Zum einen geht es um eine historische Rückschau auf die katholische Kirche in der DDR und auf den Mauerfall. Zum anderen werden Impulse diskutiert, die sich aus diesen Ereignissen für die Kirche heute ergeben. Die beiden Hauptreferenten sind Bischof em. Dr. Joachim Wanke und Prof. em. Dr. Josef Pilvousek. Dazu sind drei Zeitzeugen eingeladen, die damals unmittelbar beteiligt waren. Prof. Dr. Thomas Brose, Annaliese Kirchberg und Pfarrer Heinz Josef Durschwitz berichten von ihren Erfahrungen erzählen - so kann Zeitgeschichte lebendig werden.

- **"Sag mir, wo DU stehst!" - Kirchen und christliches Leben in der DDR**

"Sag mir wo du stehst" war die Titelzeile eines Propagandasongs, den alle Jugendlichen in der DDR im Musikunterricht der Polytechnischen Oberschule (POS) kennenlernten. Er verkörperte den Anspruch des Staates darauf, dass jeder einzelne Mensch eine parteiliche Position im Sinne der kommunistischen Ideologie einnehmen sollte. Da dieses Ansinnen auch eine atheistische Weltsicht einschloss, widersprachen die Kirchen und im Allgemeinen christliches Leben in der DDR der erwarteten Haltung. Doch christliche Existenz war in 40 Jahren DDR von höchst unterschiedlichen Faktoren geprägt und wurde in vielfältigen Facetten gelebt. Die Kirchen, als relativ unabhängige Institutionen, reagierten unterschiedlich auf das politisch vorgegebene und den weltanschaulichen Allmachtsanspruch der Staatspartei SED. Am Ende stand deren Erkenntnis: "Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Kerzen und Gebeten." So wurde seitens des scheinbar allmächtigen Regimes der Zusammenbruch des real-sozialistischen Systems im Herbst 1989 wahrgenommen. Mit einigen Aspekten christlichen Lebens in der DDR setzt sich die Tagung in Vorträgen und Workshops auseinander. Diese geben neben der leben-

digen Erinnerung auch Impulse für die praktische Unterrichtsgestaltung. Insbesondere Lehrkräfte sowie Studierende der Fächer Geschichte, Religion, Ethik und Sozialkunde wurden damit angesprochen.

1. Nutzung von Angeboten der Bundesstiftung Aufarbeitung

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellt eine Vielzahl von Angeboten bereit, die dazu beitragen, staatliches und institutionalisiertes Unrecht in der DDR und der SBZ zu vermitteln. Diese können von den Lehrkräften im Rahmen des Unterrichts oder bei der Erarbeitung von Projekten genutzt werden.

Förderung von Projekten

Die Stiftung unterstützt Forschungsprojekte, Ausstellungen, Veranstaltungen und Bildungsinitiativen, die sich mit der Geschichte der SED-Diktatur und des staatlichen Unrechts befassen. Dadurch werden vielfältige Ansätze zur Vermittlung dieser Themen gefördert.

Digitale Angebote

Die Stiftung betreibt eine Online-Plattform mit umfangreichen Informationen zur Geschichte der DDR und der SBZ. Hier finden sich digitale Archive, Zeitzeugenberichte, wissenschaftliche Publikationen und multimediale Ressourcen, die Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler nutzen können.

Unterrichtsmaterialien

Die Stiftung entwickelt Unterrichtsmaterialien für Schulen, die Lehrkräften dabei helfen, das Thema staatliches Unrecht im Unterricht zu behandeln. Diese Materialien umfassen Texte, Bilder, Arbeitsblätter und interaktive Elemente.

Zeitzeugenarbeit

Die Stiftung ermöglicht Schülerinnen und Schülern die Begegnung mit Zeitzeugen, die von ihren Erfahrungen und Erlebnissen während der SED-Diktatur berichten. Diese persönlichen Berichte tragen dazu bei, eine lebendige Verbindung zur Geschichte herzustellen.

Bildungsveranstaltungen

Die Stiftung organisiert Workshops, Seminare und Fortbildungen für Lehrkräfte, um ihnen pädagogische Ansätze und Materialien für die Vermittlung der Themen staatliches Unrecht und DDR-Geschichte zur Verfügung zu stellen.

Ausstellungen

Die Stiftung konzipiert und unterstützt Ausstellungen in ganz Deutschland, die verschiedene Aspekte der DDR-Geschichte beleuchten. Diese Ausstellungen sind eine wichtige Möglichkeit, die breite Öffentlichkeit und insbesondere junge Menschen für die Geschichte zu sensibilisieren.

2. Teilnahme an Schülerwettbewerben

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten ist ein Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler, bei dem historische Themen erforscht und präsentiert werden. Im Laufe der Jahre hat der Wettbewerb eine Vielzahl von Themen behandelt. Einige Beispiele für Themen, die bisher im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten behandelt wurden, sind:

- "Das Jahr 1968 - Ereignis, Symbol, Chiffre?"
- "Anders sein. Außenseiter in der Geschichte"
- "Gott und die Welt. Religion macht Geschichte"

- "Herrschaft und Freiheit. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart"
- "Macht und Pracht"
- "Handel(n) in der Geschichte"
- "Generationen in Bewegung. Menschen unterwegs"

Diese Themen spiegeln unterschiedliche historische Aspekte wider und fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu auf, sich mit verschiedenen Epochen, Ereignissen und Perspektiven auseinanderzusetzen. Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten bietet somit eine breite Palette von Möglichkeiten, historische Forschung und kreative Präsentation zu fördern.

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten wird seit einigen Jahren von einer Vielzahl Thüringer Schülerinnen und Schüler genutzt, um eigene Forschungsarbeiten zu den verschiedensten Themen, unter anderem auch zur DDR-Geschichte zu erstellen. In diesem Rahmen sind schon zahlreiche Schülerarbeiten entstanden, die deutlich machen, wie engagiert Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern gemeinsam Themen der Geschichte bearbeiten, sowohl im Unterricht als auch darüber hinaus in Projekten und im Wahlpflichtfach Gesellschaftswissenschaften.

3. Schriftliche Abiturprüfungen im Fach Geschichte mit Bezug zur DDR-Geschichte (Beispiele)

Die zentralen schriftlichen Abiturprüfungen im Fach Geschichte in Thüringen tragen ihrerseits dazu bei, Schülerinnen und Schüler für die Thematik zu sensibilisieren und sich mit dem Charakter des Unrechtsstaates DDR auseinanderzusetzen.

- **Abiturprüfung im Fach Geschichte 2023**

Thema: DDR – Leben zwischen Anpassung und Opposition

„Zuerst waren es nur wenige Mutige, die gegen die allgewaltige SED und ihre sowjetische Schutzmacht zu opponieren wagten und viel dabei riskierten; lange bevor im Herbst 1989 große Teile der Bevölkerung öffentlich Widerspruch erhoben gegen den gesellschaftlichen Zustand des Landes. [...] Deutlich zu erkennen ist ebenso eine mit den Jahren wachsende Vielfalt an Formen des zivilen Ungehorsams gegenüber den Allmacht-Ansprüchen der SED, die vorgab, ihre Diktatur im Auftrag des Proletariats auszuüben, stets aber nur eine Diktatur zur Aufrechterhaltung der eigenen Herrschaft war.“

Bernd Lindner, Historiker, 2014

Aufgabenstellung: Erörtern Sie, ausgehend vom Zitat, inwiefern politisches Handeln und öffentliches Verhalten der DDR-Bürger die Überwindung der SED-Diktatur begünstigte.

- **Abiturprüfung im Fach Geschichte 2023**

Thema: Deutschland und die Alliierten 1945 bis 1956

„Wir müssen für andere Nationen ein viel positiveres und konstruktiveres Bild einer Art Welt formulieren und aufstellen, die wir gerne sehen würden als in der Vergangenheit. Es reicht nicht aus, die Menschen zu drängen, ähnliche politische Prozesse wie wir zu entwickeln. Zumindest in Europa sind viele ausländische Völker müde und ängstlich von den Erfahrungen der

Vergangenheit und interessieren sich weniger für abstrakte Freiheit als für Sicherheit. Sie suchen eher nach Anleitung als nach Verantwortung. Wir sollten besser als die Russen in der Lage sein, ihnen das zu geben. Und wenn wir das nicht tun, werden es die Russen mit Sicherheit tun.“

George Kennan, amerikanischer Diplomat, 1946

Aufgabenstellung: Erörtern Sie, ausgehend vom Zitat, inwieweit die Politik der Alliierten den Deutschen Gestaltungsspielräume für eine eigenständige Entwicklung bot.

- **Abiturprüfung im Fach Geschichte 2014**

Thema: Politische Neuanfänge nach den Weltkriegen in Deutschland

„Es ist [...] das geschichtliche Leid der Deutschen, daß die Demokratie von ihnen nicht erkämpft wurde, sondern als letzte, als einzige Möglichkeit der Legitimierung eines Gesamtlebens kam, wenn der Staat in Katastrophen zusammengebrochen war. Dies ist die Last, in der der Beginn nach 1918, in der der Beginn heute vor uns steht, das Fertigwerden mit den Vergangenheiten.“

Aufgabenstellung: Erörtern Sie, ausgehend vom Zitat, inwieweit die gesellschaftspolitischen Neuanfänge in Deutschland seit 1918 und 1945 von demokratischem Anspruch und eigenständigem Gestaltungswillen geprägt waren.

Thema: Demokratie und Diktatur – Deutschland 1933 - 1990

„Die DDR war sowohl Antithese als auch Fortsetzung der Nazidiktatur. Antithese insofern, als die Kommunisten als die schärfsten Gegner des deutschen Faschismus an die Macht kamen. [...] Fortsetzung der Nazidiktatur war die DDR durch die Perpetuierung deutschen Untertanengeistes, geistiger Unselbstständigkeit, stupider Propaganda, politischer Unfreiheit und Brutalität.“

Aufgabenstellung: Erörtern Sie, ausgehend vom Zitat, inwieweit antidemokratische und obrigkeitsstaatliche Strukturen Deutschland von 1933 bis 1990 prägten.

- **Abiturprüfung im Fach Geschichte 2013**

Thema: Deutschland zwischen Diktatur und Demokratie 1945 – 1990

„Die deutsche Nachkriegsgeschichte, [...] lässt sich in drei unterschiedliche Bezüge einordnen: die Außensteuerung durch Besatzungsmächte und Alliierte, die von den politischen Kräften im Lande gewollte und zu verantwortende Entwicklung und die Konstellation der wechselseitigen Beeinflussung. Die wichtigsten Entwicklungsimpulse wurden seit 1945 und in anderer Form seit 1949 von außen, von den Alliierten vorgegeben und zeigten dann eine politische und ökonomische Eigendynamik, die relativ unabhängig von der Teilung und Zweistaatlichkeit war.“

Aufgabenstellung: Erörtern Sie, ausgehend vom Zitat, inwieweit eine freiheitlich-demokratische Entwicklung in Deutschland nach 1945 möglich war und umgesetzt wurde.

- **Abiturprüfung im Fach Geschichte 2012**

Thema: Von der Spaltung zur Einheit Deutschlands

„Der Grunddefekt des DDR-Regimes war von Anfang bis Ende das Fehlen jeder demokratischen Legitimation. Die meisten Menschen verweigerten der Führung den Konsens. Weder das Funktionieren der ‚Apparate‘ noch die Versprechungen von sozialer Sicherheit und ‚Geborgenheit‘ oder die resignierte Anpassung jener Kreise, die keine Alternative sahen, konnten dies verändern. [...] Zum Schluß zeigte sich nämlich, daß die überwältigende Mehrheit sich in erster Linie als Deutsche fühlte und deshalb die Einheit Deutschlands durchsetzte. Die DDR war einst als Produkt des Kalten Krieges entstanden. Das Ende des Kalten Krieges brachte dann auch das Ende der DDR.“

Aufgabenstellung: Erörtern Sie, ausgehend vom Zitat, inwieweit der Ost-West-Konflikt das innerdeutsche Verhältnis und den Weg bis zur deutschen Wiedervereinigung seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts prägte.

4. Die Mediothek des Thüringer Schulportals – Materialien für Lehrkräfte zum Thema DDR-Geschichte

Seit Jahren bietet die Mediothek im Thüringer Schulportal einen stetig wachsenden Pool von Materialien auch zum Thema „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Die entsprechenden Lernobjekte (thematische Materialcontainer) beinhalten neben Unterrichtsmaterialien auch solche zur individuellen Fortbildung bzw. als mögliche Grundlage für Fortbildungsveranstaltungen.

Neben der Recherche nach weiteren Medienpartnern und der Distribution deren Materialpakete wurden und werden vom Arbeitsbereich 4 des Thilm und dem Team des TSP im Rahmen der zeitlichen und personellen Möglichkeiten auch aktiv Medien zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erstellt.

Materialien zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Mediothek des Thüringer Schulportals (Auswahl):

A. Außerschulischen Lernorte

1. Lernort: SED-Diktatur, deutsche Teilung und innerdeutsche Grenze

Grenzlandmuseum Eichsfeld und Bildungsstätte am Grenzlandmuseum Eichsfeld

Materialien (Auswahl):

- Stationenlernen - Errichtung, Perfektionierung & Fall der Innerdeutschen Grenze
- Leben im Sperrgebiet
- Zeitzeugenbericht zum Leben im Sperrgebiet

Mediennummer: [00002546](#)

2. Lernort: Führung durch die Gedenkstätte Point Alpha

Materialien (Auswahl):

- Planungshilfe: Bausteine Bildungsangebot
- Arbeitsblatt: Stationen der Führung

- Material: Haus auf der Grenze

Mediennummer: [00002486](#)

3. Lernort: Ausstellung im DDR- Grenzbahnhof- Museum

DDR-Grenzbahnhof-Museum Probstzella

Materialien (Auswahl):

- Station 1: Kontrollgänge
- Station 4: Wartesaal DDR
- Station 5: Gehendürfen / Bleibenmüssen (pdf)

Mediennummer: [00002479](#)

4. Lernort: Ausstellung im Grenzturm auf dem Hopfberg

Grenzturm auf dem Hopfberg bei Probstzella

Materialien (Auswahl):

- Film: Ausstellung im Grenzturm Hopfberg (1:54 min)
- Arbeitsblatt: Aufgaben zum Grenzturm
- Bildmaterial

Mediennummer: [00002480](#)

5. Lernort: Fluchtschicksale am Beispiel von Heinz-Josef Große

Grenzmuseum Schifflersgrund

Materialien (Auswahl):

- Film: Grenzmuseum Schifflersgrund (9:59 min)
- Arbeitsblatt: Fragen zum Fluchtversuch
- Arbeitsblatt: Aufgaben zum Fluchtversuch

Mediennummer: [00002468](#)

6. Lernort: Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle Erfurt des BStU

Materialien (Auswahl):

- Beispiele für die Tätigkeit des MfS im Bezirk Erfurt
- Arbeitsblatt: Fragen zum Fluchtversuch
- Schülermaterial, Außenstelle Erfurt des BStU

Mediennummer: [00000570](#)

7. Lernort: Schulwirklichkeit in der DDR (Auseinandersetzung mit schulgeschichtlichen Dokumenten)

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

Materialien (Auswahl):

- 7 MFS-Dokumente zu „Außergewöhnlichen Vorkommnissen“ im Bereich Schule

- Didaktische Anmerkungen zur Arbeit mit diesen Quellen
Mediennummer: [00002157](#)

B. Lernobjekte mit Zeitzeugen-Materialien des KuKuK, e.V. Jena

1. Zeitzeugen erzählen: Der 17. Juni 1953 in Jena

Materialien (Auswahl):

- 22 Zeitzeugeninterviews als Audio-Dateien
- Textauszüge, Kurzbiografien, Fotos

Mediennummer: [00002298](#)

2. Zeitzeugen erzählen: Der Alltag in der Zeit zwischen Gründung der DDR und Bau der Berliner Mauer (1949 - 1961)

Materialien (Auswahl):

- 10 Zeitzeugeninterviews als Audio-Dateien
- Textauszüge, Kurzbiografien, Fotos

Mediennummer: [00002245](#)

3. Zeitzeugen erzählen: Deutsche Teilung - Zwischen Mauerbau und Mauerfall (1961 - 1989)

Materialien (Auswahl):

- 17 Zeitzeugeninterviews als Audio-Dateien
- Textauszüge, Kurzbiografien, Fotos

Mediennummer: [00002282](#)

4. Zeitzeugen erzählen: Der Alltag der zur Arbeit in der Sowjetunion zwangsverpflichteten Zeiss-ianer und deren Familien in den Jahren 1946 bis 1952/1953

Materialien (Auswahl):

- 11 Zeitzeugeninterviews als Audio-Dateien
- Textauszüge, Kurzbiografien, Fotos

Mediennummer: [00002211](#)

5. Zeitzeugen erzählen: Friedliche Revolution (1989)

Materialien (Auswahl):

- 17 Zeitzeugeninterviews als Audio-Dateien
- Textauszüge, Kurzbiografien, Fotos

Mediennummer: [00002246](#)

C. Materialien des BStU

1. Volksaufstand – Ein Bildungswegweiser zum 17. Juni 1953

Angebote für die schulische und außerschulische Bildung.

Mediennummer: [00004413](#)

2. 17. Juni 1953

Arbeitsbögen und Dokumente für die Sekundarstufen I und II.

Mediennummer: [00002286](#)

3. "Schülerprotest 1961", Wie die Stasi gegen eine Abiturklasse der Erweiterten Oberschule in Anklam vorging

Arbeitsbögen und Dokumente für die Sekundarstufen I und II.

Mediennummer: [00002474](#)

4. "Von der Schule verwiesen", Schülerprotest an der Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule 1988

Arbeitsbögen und Dokumente für die Sekundarstufen I und II.

Mediennummer: [00002475](#)

5. "DDR – eingesperrt", Jugendliche im Stasi-Visier am Beispiel des Operativen Vorgangs "Signal"

Arbeitsbögen und Dokumente für die Sekundarstufen I und II.

Mediennummer: [00002472](#)

6. Ein Volk unter Verdacht - Die Staatssicherheit der DDR

Film, Arbeitsbögen und Dokumente für die Sekundarstufen I und II.

Mediennummer: [00002476](#)

7. "Revisor", Interner Lehrfilm des MfS

Mediennummer: [00002473](#)

8. Jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter (IM) am Beispiel des IM "Shenja"

Arbeitsbögen und Dokumente für die Sekundarstufen I und II.

Mediennummer: [00002470](#)

9. "Hauptamtliche Mitarbeiter"

Unterrichtsmaterialien mit Kopiervorlagen

Mediennummer: [00002285](#)

10. Begleitmappe zur Wanderausstellung "Feind ist, wer anders denkt"

Mit Hilfe der insgesamt 18 Arbeitsblätter können Lehrkräfte das Thema Stasi sowohl vor als auch nach dem Ausstellungsbesuch vertiefend behandeln.

Mediennummer: [00002445](#)

D. Thillm-Publikationen

1. Heft 51: Fluchtgeschichten

Lebenswege und Schicksale von Menschen in der DDR-Diktatur aus Materialien der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR für den Unterricht schülergerecht aufgearbeitet, zur Auseinandersetzung mit Freiheit und Unfreiheit, mit Widerstand und Anpassung

Mediennummer: [00000225](#)

2. Heft 82: Der totgeschwiegene Terror - Zwangsaussiedlung in der DDR

Die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl machte über 5.000 Thüringer zu rechtlos Vertriebenen. Mehr als 30 Ortschaften verschwanden von der Landkarte. Damit sich junge Menschen von heute mit diesem Kapitel DDR-Geschichte auseinandersetzen können, muss sie allerdings auch bekannt und zugänglich sein. Das Schicksal der Zwangsausgesiedelten gehörte in den Jahren bis 1989 zu den totgeschwiegenen Menschenrechtsverletzungen in der DDR.

Mediennummer: [00000084](#)

E. Sonstiges

1. Zeitzeugen erzählen

Interviews mit Rainer Eppelmann, Dr. Gregor Gysi, Klaus Höpcke, Walter Janka, Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Friedrich Schorlemmer, Konrad Weiß, Prof. Dr. Dieter Wittich und weiteren Personen zu den Ereignissen und Ursachen der „Wende“.

Mediennummer: [00002793](#)

2. Zwangs- Ausbürgerung am Beispiel des Roland Jahn

Materialien des Landesverbandes Thüringen im Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e. V.

Materialien (Auswahl):

- Film: Gewaltsame Ausbürgerung Roland Jahn (2:51 min)
- Arbeitsblatt: Aufgaben zum Zeitzeugeninterview
- Arbeitsblatt: prominente Betroffene

Mediennummer: [00002485](#)

3. Todesstreifen

LexiTV-Filmclips mit Themenmaterial und Unterrichtsmaterialien

Materialien (Auswahl):

- Filme: Wie eine Festung (4:16 min); Das geteilte Dorf (3:21min)
- Arbeitsblatt: Aufgaben zum Themenmodul „Mauerzeit“
- Arbeitsblätter: Mauerbau

Mediennummer: [05559596](#)

4. Zeitzeugen - Gespräch mit ehemaligen Insassinnen des DDR-Frauengefängnisses Hohe-neck

Mitschnitt von der 5. Geschichtsmesse am 8. März 2012 in Suhl (46:06 min)

Mediennummer: [00002443](#)

Mediothek

Medientitel	Untertitel	Mediumart	Produktionsjahr
"Ich bin ein Berliner!" - John F. Kennedy 1963 in Berlin	(öffentlich) ZDF: Terra X-Clips unter Creative Commons-Lizenz	Online-Medium	2023
Volksaufstand - Ein Bildungswegweiser zum 17. Juni 1953	(öffentlich) Angebote für die schulische und außerschulische Bildung	Online-Medium	2023
"Wir wollten anders sein" - Unangepasste Jugendliche in der DDR und der lange Schatten der Repression	Aufarbeitung von SED-Unrecht in Thüringen	Online-Medium	2021
Lemort: Das Grüne Band - ein Naturmonument mit Grenzrelikten und Artenvielfalt	(öffentlich) Probstzella	Lemort	2021
Lemort: Erinnerungskultur in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße	(öffentlich) Stiftung Ettersberg, Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße	Lemort	2021
NAHSCHUSS	(öffentlich) Unterrichtsmaterial zum Kinofilm	Online-Medium	2021
SBK094 Neuland	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Von neuen Chancen, neuen Aufgaben und neuen Einblicken	Online-Medium	2021
SBK095 Dreharbeiten	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Von Film, Fernsehen und der eigenen Rolle	Online-Medium	2021
SBK096 Über Tage	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Vom Aufbau, Abbau und Umbau	Online-Medium	2021
SBK097 Vorsorge	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Vom Vorbeugen, Erkennen und Kurieren	Online-Medium	2021
Schule in der DDR	Online History Snack - Beispiel für den Geschichtsunterricht in Präsenzphasen und in Phasen des häuslichen Lernens	Online-Medium	2021
Heft 201: Arbeitsmaterial zum Dokumentarfilm "Feindberührung"	(öffentlich) THiLLMreihe: Materialien	Online-Medium	2020
SBK088 Kunstfreiheit	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Vom Menschsein, der Suche nach Antworten und dem Ringen um Wahrhaftigkeit	Online-Medium	2020
SBK089 Schnittmuster	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Von bunten Knöpfen und Knopfaugen	Online-Medium	2020
SBK090 Auf Augenhöhe	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Von eigenem Geld, eigener Zeit und der eigenen Stimme	Online-Medium	2020
SBK091 Vertragsgemäß	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Vom Miteinander, Gegeneinander und Füreinander	Online-Medium	2020
SBK092 Eingesammelt	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast:	Online-Medium	2020
SBK093 Transit	(öffentlich) Zeitzeugen-Podcast: Von Einreisen, Ausreisen und Ausweisen	Online-Medium	2020
So wurde die Berliner Mauer gebaut	(öffentlich) ZDF: Terra X-Clips unter Creative Commons-Lizenz	Online-Medium	2020

Ausdruckdatum: 21.08.2023